

OG1 Anerkennung des KV Wendlands

Gremium: GJ Wendland

Beschlussdatum: 23.01.2025

Tagesordnungspunkt: #8 Anerkennung und Auflösung von Kreisverbänden

- 1 Auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 23.01.2025 beantragen wir die
- 2 Gründung vom Kreisverband Wendland.

T1 Beschluss: Einsetzung des Bildungsteams

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.04.2025

Tagesordnungspunkt: #6 Einsetzen der Teams für die Arbeitsbereiche

Zusammenfassung

Wie auch in den letzten Jahren haben wir als Landesvorstand aus den Bewerbungen für das Bildungsteam ein Team zusammen gestellt und möchten mit diesem gerne im nächsten halben Jahr die Bildungsangebote und Workshops unseres Verbandes ausarbeiten.

Der Arbeitsbereich Bildungsarbeit wird im kommenden Jahr, wie zuvor, eine zentrale Rolle in unserem Verband einnehmen. So ist es möglich, ein breiter aufgestelltes Programm zu entwickeln und die Bildungsangebote unter dem Anspruch des linken Machtaufbaus zu gestalten.

Als linker Jugendverband gilt es nicht nur alltagspolitische Themen zu bearbeiten, sondern in der wahlkampffreien Zeit die Grundsteine für die zukünftige Grüne Jugend Niedersachsen zu legen und über grundlegende Kritik an unserem Gesellschaftssystem zu sprechen. Nur wenn wir gut konzipierte Bildungsarbeit betreiben, die bis in jeden KV unseres Landesverbandes wirkt, können wir eine gemeinsame und geteilte Analyse unserer Gesellschaft entwickeln, aufgrund derer wir aktuelle politische Fragestellungen und Probleme beurteilen, einordnen und Position beziehen können.

Dabei wollen wir ein vielfältiges Angebot bieten, das verschiedene Themen auf unterschiedlichen Komplexitätsleveln und für unterschiedlich vorerfahrene Mitglieder aufbereitet.

Wir wollen junge Menschen mit unserer Bildungsarbeit dabei unterstützen, die Welt und die Krisen unserer Zeit zu verstehen und aufzuzeigen, dass Verhältnisse veränderbar sind. In unserem wachsenden Verband sollen insbesondere unseren Neumitgliedern durch eine strategisch stringente Bildungsarbeit schnell das Werkzeug an die Hand bekommen, um den politischen Diskurs zu verstehen und mitzugestalten.

Die zentralen Bildungsangebote gestaltet das Bildungsteam zusammen mit dem Landesvorstand. Dazu zählen die Bildungsangebote bei den Landesmitgliederversammlungen, Bildungswochenenden für kleinere Gruppen und Workshop-Formate für einzelne KVen.

Gemäß §8a der Satzung wird sich das Bildungsteam aus sechs Personen zusammensetzen, die sich diesem Arbeitsbereich widmen. Dieses Team besteht aus zwei Personen aus dem Landesvorstand

30 und vier Basismitgliedern. Wir setzen für die vier Basisplätze folgende Personen
31 ein:

- 32 • Stella Wolke, GJ Oldenburg Land;
- 33 • Mette Maleen Milark, GJ Hannover;
- 34 • Emil Schreiber, GJ Leer;
- 35 • Marlon Seidel, GJ Osnabrück.

36 Dabei haben wir uns bei der Auswahl der Mitglieder anfolgenden Kriterien
37 orientiert:

38 Wie alle Teams und Gremien der Grünen Jugend Niedersachsen wird auch das
39 Bildungsteam mindestquotiert besetzt.

40 Außerdem haben wir gezielt versucht, sowohl erfahrene Mitglieder als auch
41 Menschen mit weniger Erfahrung in der Bildungsarbeit auszuwählen.

42 Zudem haben auch die Kapazitäten der Bewerber*innen eine Rolle gespielt, da eine
43 gewisse Zuverlässigkeit und die regelmäßige Teilnahme an Videokonferenzen für
44 die Arbeit des Teams essentiell sind.

Begründung

Erfolgt mündlich.

T2 Beschluss: Einsetzung des Teams für Frauenförderung und Geschlechterstrategie

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.04.2025

Tagesordnungspunkt: #6 Einsetzen der Teams für die Arbeitsbereiche

Zusammenfassung

Wie auch in den letzten Jahren haben wir als Landesvorstand aus den Bewerbungen für das Team für Frauenförderung und Geschlechterstrategie ein Team zusammen gestellt und werden zusammen mit diesem im nächsten halben Jahr feministische Analysen und Bildungsangebote ausarbeiten.

Der Arbeitsbereich für Frauenförderung und Geschlechterstrategie wird eine besondere Rolle in unserem Verband einnehmen. Auch im kommenden Jahr wollen wir unsere Vernetzungs- und Förderangebote im Bereich der Geschlechterstrategie verstetigen und gemeinsam mit dem zuständigen Team weiter ausarbeiten. Fit*-Personen sollen in unserem Verband gefördert und empowert werden. Dazu beschäftigt sich das Team für Geschlechterstrategie mit verschiedenen Analysen und Bildungskonzepten.

Schließlich soll in Zusammenarbeit mit dem Bildungsteam ein Förderwochenende speziell für Frauen und genderqueere Personen stattfinden. Dieses Seminar soll Frauen und genderqueeren Personen die Möglichkeit geben, sich in Ruhe mit Themen wie Feminismus und Empowerment auseinanderzusetzen.

Dadurch, dass sich mehr Menschen auf Landesebene explizit mit Fragen rund um Frauen- und Queerförderung sowie weiteren feministische Verbandsaspekten beschäftigen werden, werden wir deutlich mehr in diesem Bereich umsetzen und den Verband voranbringen können. Wir sind uns sicher, dass das Team für Frauenförderung und Geschlechterstrategie gemeinsam mit dem Landesvorstand den Grundstein legt, um dem Anspruch eines emanzipatorischen Verbands langfristig gerecht zu werden.

Gemäß §8b der Satzung wird sich das Team für Frauenförderung und Geschlechterstrategie aus fünf Personen zusammensetzen, die sich diesem Arbeitsbereich widmen. Dieses Team besteht aus zwei Personen aus dem Landesvorstand und drei Basismitgliedern. Wir setzen für die drei Basisplätze folgende Personen ein:

- Johanna Belz, GJ Hannover;
- Maluna Hennecke, GJ Osnabrück;
- Claas Benjamin Nutbohm, GJ Hannover.

Dabei haben wir uns bei der Auswahl der Mitglieder anfolgenden Kriterien orientiert:

Wie alle Teams und Gremien der Grünen Jugend Niedersachsen wird auch das Team für Frauenförderung und Geschlechterstrategie mindestquotiert besetzt. Außerdem haben wir gezielt versucht, sowohl erfahrene Mitglieder als auch Menschen mit weniger Erfahrung auszuwählen.

34 Zudem haben auch die Kapazitäten der Bewerber*innen eine Rolle gespielt, da eine
35 gewisse Zuverlässigkeit und die regelmäßige Teilnahme an Videokonferenzen für
36 die Arbeit des Teams essentiell sind.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V1 Sicherheitspolitik als existentielle Herausforderung begreifen – linke Perspektiven stärken!

Antragsteller*in: Steffen Henkensiefken (KV Oldenburg-Land)

Tagesordnungspunkt: #10 Verschiedene Anträge

Infolge der neuen Koalition auf Bundesebene, dem veränderten Sicherheitsdiskurs im Zuge der bedrohlichen weltpolitischen Lage und der Debatte über eine allgemeine Dienstpflicht fordern wir den Landesverband der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen auf, verteidigungs- und sicherheitspolitische Themen in unserem Verband zu stärken und inhaltlich für alle Mitglieder aufzubereiten. Gegen das Schüren von Ängsten und das Verbreiten von Desinformationen müssen wir uns schützen und ein Zeichen für mehr differenzierte Sicherheitspolitik setzen. Dafür braucht es:

- Workshops und Austausch mit Expert*innen: Bildung als Mittel gegen Desinformationen und zur Befähigung unserer Mitglieder, Populismus und Spaltung solidarisch entgegenzuwirken. Auch externe Akteur*innen und NGOs können dabei als Unterstützung dienen. Die veränderte weltpolitische Lage, das komplexe Gefüge des hybriden Krieges Russlands, die differenziert zu betrachtende, sicherheitspolitische Situation im Innland und Verteidigung als gesamtstaatliche Aufgabe sollten dabei Thema sein.
- Reader und Bildungsmaterial für alle Mitglieder: Damit wir alle souverän und sprechfähig auftreten können, braucht es eine Wissensgrundlage, die jederzeit abrufbar und für alle Mitglieder erhältlich ist.
- Zusammenarbeit mit sicherheitspolitischen Akteur*innen: Zur Stärkung des Wissens und des Dialogs mit Betroffenen und Engagierten ist der Austausch mit sicherheitspolitischen Akteur*innen unablässig. Dabei sollten wir mit diesen in den Dialog treten, aus linker Perspektive kritisch begegnen und mit denjenigen, die uns politisch nahestehen, auch zusammenarbeiten.

Begründung

Die USA sind kein verlässlicher, internationaler Partner mehr und sorgen im Gegenteil sogar für Instabilität weltweit. Russland bedroht uns täglich und führt einen völkerrechtswidrigen Krieg in Europa. Und China wartet nur darauf, seine eigenen Grenzen gewaltsam zu verschieben. Die sicherheitspolitische Lage Europas in der Welt verändert sich rasant und bringt neue Gefahren für unsere liberalen Demokratien mit sich. Dazu kommen Bedrohungen im Inneren durch demokratiefeindliche sowie rechtspopulistische Gruppierungen, die Ängste und Emotionen zur Spaltung unserer Gesellschaft ausnutzen. Ohne nachhaltig wirksamen Umgang mit diesen autoritären Kräften durch klare Ablehnung rechter Narrative und Schutz durch Sicherheitsgarantien steht unsere Demokratie vor ihrem Ende - die Lösung dieser Herausforderung durch Solidarität, wirksame Verteidigung und klare Fakten ist existentiell.

Gleichzeitig überschwemmen die Sozialen Medien mit Desinformationen, die zur gesellschaftlichen Spaltung beitragen und antidemokratische Parteien stärken sollen. Durch Cyberangriffe und Fake News im Zuge seines hybriden Krieges untergräbt Russland unser Verständnis von Fakten und gefährdet unsere digitale Sicherheit, langfristig auch unsere physische. Der hybride Krieg ist dabei als komplexes Gefüge politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedrohungen zu sehen, die dementsprechend zusammen gelöst werden müssen. Rechte Narrative und Debatten, die auf Spaltung der Gesellschaft

und Destabilisierung unserer Demokratie abzielen, müssen auch in diesem Kontext gesehen und klar abgelehnt werden.

Von den momentanen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Debatten sind insbesondere wir junge Menschen betroffen: Erhöhte Verteidigungsausgaben, allgemeine Dienstpflicht und Schutz vor externen Kräften sind alles Themen, bei denen wir unsere Stimmen einbringen müssen. Deshalb begrüßen wir den thematischen Aufschlag von unserem Bundessprecher Jakob Blasel im Streitgespräch mit Jan van Aken als Vertretung der sicherheitspolitischen Position der Partei Die Linke. Das möchten wir als Anlass nehmen, das Thema auch hier in der GRÜNE JUGEND Niedersachsen stärker zu behandeln und zu setzen.

Um der Masse an Desinformationen entgegenwirken, braucht es eine stabile Wissensgrundlage durch Bildungsangebote unserer Mitglieder. Diese Bildung kann durch Experten*innen von außerhalb unterstützt werden, beispielsweise durch sicherheitspolitischen Akteur*innen und NGOs. Dabei ist Verteidigung als gesamtstaatliche Aufgabe zu verstehen, zu der beispielsweise auch ziviler Katastrophenschutz, Beratung und Unterstützung hinsichtlich Bevölkerungsschutz sowie Feuerwehren gehören. Eine Zusammenarbeit und der Dialog mit eben diesen Gruppen sowie Betroffenen sind darüber hinaus förderlich für ein starkes Engagement für Demokratie und Sicherheit. Zudem sollte die Bildung durch Reader und Bildungsmaterial für alle Mitglieder einsehbar sein, um jederzeit sprechfähig und souverän auftreten zu können.

In Zeiten des Wandels und der Orientierungslosigkeit setzen wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen ein Zeichen gegen die konkrete, komplexe Bedrohung – für eine differenzierte und linke Sicherheitspolitik aus Niedersachsen!

V2 Solidarische Praxis vor Ort - Beraten zum Organisieren

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.04.2025
Tagesordnungspunkt: #10 Verschiedene Anträge

Die Politik hat es in den letzten Jahren geschafft Menschen mit geringem Einkommen, Sozialhilfebedürftige und andere marginalisierte Gruppen zu vergessen und diese dazu als „faul“ und „nicht engagiert“ abgestempelt. Menschen die sowieso wenig haben werden dämonisiert und zum Feindbild in der Bevölkerung gemacht. Arm wird gegen noch ärmer ausgespielt, um die Superreichen zu schützen.

Stadtteile wie Lüneburg-Kaltenmoor, Hannover-Mühlenberg oder Wolfsburg-Westhagen wurden zum sozialen Brennpunkt erklärt, politisch vergessen und bekommen auch im Wahlkampf kaum Aufmerksamkeit von Politiker*innen oder Vertreter*innen von Parteien. Das zeigt sich dann in den Wahlergebnissen. Neben einer niedrigeren Wahlbeteiligung sind hohe AfD-Stimmanteile die Folge. Die Menschen dort fühlen sich von der Politik vernachlässigt. Doch das ist kein ausschließlich in Städten vorhandenes Phänomen. Auf dem Dorf ist es keine Seltenheit mehr, wenn rechtsextreme Parolen auf Dorfpartys geschrien und sich die Menschen entgrenzt von der Politik fühlen.

Wer dem Rechtsruck etwas entgegensetzen möchte sollte dort anfangen, wo er seinen Ursprung hat, dieser liegt oft in Gebieten wo Menschen keine Hoffnung mehr haben. Wir als politische Linke sollten es uns daher zur Aufgabe machen, Hoffnung zurückzugewinnen. Dafür muss jedoch Vertrauen aufgebaut werden, was durch alle politischen Kräfte durch unsoziale Politik eingerissen wurde, auch von GRÜNEN in Regierungsverantwortung. Ein Konzept für mehr Vertrauen und eine daraus resultierende Organisation von Menschen ist die solidarische Praxis.

Beispiel für soziale Projekte könnten kostenlose Nachhilfe, Lerncafés, Sozial- und Mietberatungen und Organizing-Projekte wie Stadtteilstunden oder lokale Fußballturniere sein.

Dabei steht erstmal im Vordergrund, Menschen zu helfen. Ohne Selbstzweck, ohne Wahlwerbung. Langfristig geht es darum Menschen in einer immer mehr vereinsamenden Gesellschaft wieder zueinander zu bringen und ihnen zu zeigen, dass sie gemeinsam Macht haben. Damit fördert man konkret linken Machtaufbau und setzt Faschist*innen etwas entgegen.

Die GRÜNE JUGEND hat gute Voraussetzungen um genau diese sozialen Projekte auf die Beine zu stellen. Wir haben Büroräume, welche oft in Innenstädten oder zentral im Landkreis liegen und oft auch finanzielle Kapazitäten um diese, verhältnismäßig günstigen Projekte umzusetzen.

Gleichzeitig können wir Einfluss auf die GRÜNEN nehmen und Kreisverbände vor Ort davon überzeugen, sich auch mal in Stadtteilen blicken zu lassen, um die man sonst einen großen Bogen machen würde. Genau das hat die GRÜNE JUGEND Hannover mit einem Antrag geschafft, den sie auf der Mitgliederversammlung der GRÜNEN Hannover erfolgreich durchgebracht haben.

Als Landesvorstand werden wir folgende Maßnahmen einleiten:

1. Wir werden Schulungen für Kreisvorstände anbieten, um diese auf u.a Sozialberatungen vorzubereiten und alle wichtigen Informationen mitzugeben
2. Wir werden einen Reader erstellen, in welchem übersichtlich alle

- 44 Informationen gebündelt werden, die für die solidarische Praxis notwendig sind
45 (rechtlich, finanziell, etc...)
- 46 3. Die Kreisverbandsverantwortlichen aus dem Landesvorstand stehen bei Fragen
47 jederzeit zur Verfügung und helfen im Zweifel auch konkret vor Ort
- 48 4. Wir bemühen uns dieses Konzept bundesweit in der GRÜNEN JUGEND bekannt zu
49 machen
- 50 Für uns ist es zentral ein Konzept zu schaffen, das sowohl in der Stadt als auch
51 auf dem Land umsetzbar ist und verschiedene Schwerpunkte setzt. Gleichzeitig
52 wollen wir Kreisverbänden möglichst viel „kreativen Spielraum“ geben um vor Ort
53 die Projekte zu schaffen, die benötigt werden.
- 54 Wir behalten uns außerdem vor Leuchtturmprojekte konkret durch Maßnahmen und
55 Kapazitäten zu Unterstützen.

V3 Eure fossilen Interessen gefährden unser Leben - klares Nein zu Gasbohrungen vor Borkum!

Antragsteller*in: Claas Nutbohm (KV Hannover)

Tagesordnungspunkt: #10 Verschiedene Anträge

Zusammenfassung

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen positioniert sich klar gegen die geplante und bereits teilweise begonnene Erdgasförderung des niederländischen Konzerns One-Dyas in der Nordsee vor Borkum. Wir kritisieren die Ausweitung fossiler Infrastrukturprojekte auf See, insbesondere in sensiblen Gebieten wie dem UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer, und fordern einen sofortigen politischen Kurswechsel hin zu einem echten fossilen Ausstieg. Dazu sind Änderungen im Verbandsklagerecht geplant, die es in Zukunft fast unmöglich machen würden, gegen solche Projekte rechtlichen Einspruch einzulegen. Dies ist ein klarer Angriff auf die Zivilgesellschaft und muss aus unserer Sicht unter allen Umständen verhindert werden! Für uns ist klar: die Lebensgrundlage der Menschen steht über fossilen Interessen von Unternehmen wie One-Dyas!

Konkret fordern wir:

1. Ein generelles Nein zu neuen Gasförderplattformen in der Nordsee, insbesondere zur geplanten zweiten Plattform im Rahmen des One-Dyas-Projekts.
2. Die Rücknahme und Überprüfung bestehender Genehmigungen, die durch das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) erteilt wurden. Explizit die Genehmigung des Baus eines Unterseestromkabels (ausgestellt vom Niedersächsischen Umweltminister Christian Meyer), zur Versorgung der Gasförderplattformen muss zurückgenommen werden.
3. Ein politisches Moratorium für neue fossile Fördervorhaben auf niedersächsischem Landesgebiet – einschließlich jener auf niederländischem Gebiet, wenn grenzüberschreitende ökologische Folgen für Niedersachsen zu erwarten sind.
4. Eine Initiative der Landesregierung im Bundesrat, mit dem Ziel, sich auf Bundesebene für ein vollständiges Verbot neuer fossiler Projekte einzusetzen
5. Eine Initiative der Landespartei auf Bundesebene, sich gegen die von Union und SPD geplanten einschränkungen des Verbandsklagerechts sowie für einen Gasausstieg bis 2035 und eine beschleunigte Energie- und Wärmewende stark zu machen

Unterstützer*innen

Martha Schreiber (KV Leer); Felix Hohmann (KV Lüneburg)